

Haushaltsrede Landkreis 2017/18

**Sehr geehrter Herr Landrat Wolff, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren**

Ein/e Bürger/in unseres schönen Landkreises, der die Debatten des Kreistags und die Arbeit der Landkreisverwaltung nur oberflächlich und gelegentlich verfolgt, kann leicht den Eindruck gewinnen, dass das Einsammeln und Beseitigen von Müll zu den Hauptaufgaben von Kreistag und Kreisverwaltung gehört.

Seit Jahrzehnten ist der Kreistag mit diesem Thema beschäftigt. In unzähligen Leserbriefen bezieht die Bevölkerung Stellung, in zahllosen Artikeln und Kommentaren befasst sich die lokale Presse mit unserem Müll.

Blaue, graue, grüne, gelbe Tonne, Biotonne, Restmülltonne, gelber oder brauner Sack, 60 oder 120 Liter-Tonne, Müllgebühren nach Haushaltsgröße oder Müllmenge?

Weltanschauungen prallen aufeinander, Parteien sind gespalten, tiefe Risse gehen durch die Bevölkerung:

Gruppierungen wie „das bessere Müllkonzept“ weisen uns allen den Weg!

Statistikfreunde verfolgen genau, wie viel Tonnen Müll pro Kopf im Landkreis anfallen und auf welchem Platz Göppingen im Müllranking im Vergleich zu anderen Landkreisen steht.

In dieser Saison ist das Müllheizkraftwerk in den Fokus gerückt!

Bei der Diskussion den Verbrennungsmüll zu erhöhen schlagen die Wellen hoch. Wie stark sind die Umweltbelastungen durch die Müllverbrennungsanlage gestiegen? Die Bodenuntersuchung hat nun gezeigt, dass geringe Mehrbelastungen an diversen Stellen vorhanden sind. Doch stammen diese, vorwiegend Dioxinbelastungen, auch tatsächlich von der Müllverbrennungsanlage? Es folgen noch weitere Gespräche evtl. auch weitere Untersuchungen, wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

Bei der ganzen Verunglimpfung, der übrigens durch das Regierungspräsidium genauestens überwachten Müllverbrennungsanlage, dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass durch die Beseitigung unseres Mülls auch positive Nebeneffekte erzielt werden. Das Bergfeld, die Bereitschaftspolizei und die Klinik werden mit kostengünstiger Wärme versorgt und dabei rauchen keine Schornsteine mehr, wie z.B. bei einer Ölheizung. Ebenso wird der erzeugte Strom in das Leitungsnetz eingespeist. Sollten wir da nicht eher dafür sorgen, dass die nicht genutzte Energie für neue Baugebiete Verwendung findet? Wir sollten uns überlegen, ob der bestehende Müllverbrennungsvertrag durch die bisherigen mehrmaligen Vertragsanpassungen auch wirklich optimal für den Landkreis verändert werden konnte. Wäre es nicht an der Zeit, einen Neuvertrag ab 2026 auszuarbeiten, in dem die heutigen Anforderungen, frei von bisherigen Vorgaben, für den Landkreis und seine Bürger optimal berücksichtigt werden können? Innerhalb der nächsten 15 Jahre wird es bestimmt auch nötig werden die Müllverbrennungsanlage grundlegend zu erneuern bzw. neu zu bauen. Mit immer weiter verbesserten Verbrennungstechniken könnte es doch zukünftig möglich sein, bei gleichbleibendem Schadstoffausstoß (wie im Moment) die Verbrennungsmenge zu erhöhen.

Es gibt noch viele weitere Ansatzpunkte, die in einen neuen Vertrag einfließen könnten.

Doch bei allen Überlegungen muss uns eines klar sein, gibt es überhaupt eine Alternative zur Müllverbrennung? UNSEREN MÜLL in anderen Landkreisen zu entsorgen halten wir für egoistisch und deplatziert und den Müll wie im vorherigen Jahrhundert wieder auf Mülldeponien zu horten, kommt auf gar keinen Fall in Frage.

Folglich: MÜLLVERBRENNUNG hier vor Ort!

Thema Verkehr:

Bei der B10 warten wir immer noch auf das Planfeststellungsverfahren, wenigstens zur Erweiterung von Gingen nach Kuchen und dann natürlich weiter bis zur Albhochfläche. Ein weiteres Jahr ist vergangen, doch bei der Fortführung hat sich nichts Wesentliches verändert. Wenn es um die ungelöste Problematik der Luftreinhaltung geht, macht sich unser Verkehrsminister Sorgen um die Feinstaubbelastung in Stuttgart, doch was ist mit der verschmutzten Luft in Gingen, Kuchen und Geislingen? Wie viel Tonnen Stickoxide werden hier durch die stundenlangen Staus täglich in die Luft geblasen?

Der Mittelwert bei der Luftverunreinigung beträgt 40 Microgramm, in Kuchen misst man TÄGLICH IM MITTEL 45 MICROGRAMM!

Am laufenden Band werden die Verbrennungsmotoren verteuert, allen voran die ständig verbesserten Dieselmotoren. Herr Minister Hermann, wir schlagen Ihnen vor, die Autos auf den Umgehungsstraßen fahren zu lassen, statt im Stau stehen zu lassen!

Bei der A8 beziehe ich mich auf meinen Text in der letzten Haushaltsrede, denn auch hier hat sich seit 2016 leider nichts wesentlich verändert.

Filstalbahn hier geben wir Herrn Landrat Wolff vollkommen Recht, es ist für den Landkreis Göppingen das Unwort des Jahres 2017. Doch all das Schimpfen und Toben führt uns nicht zum Ziel. Hier müssen mit Nachdruck weitere Gespräche geführt werden, denn die Filstalbahn ist für das wirtschaftliche Vorankommen unseres Landkreises viel zu wichtig.

Im Moment gibt der Landkreis für den Mobilitätsverbund Filmland und die Teilintegration in den VVS jährlich 1,76 Mio.€ aus.

90% des Fahrkartenverkaufs erfolgt über Teilintegration. Da liegt es doch nahe zu überlegen, ob der Landkreis in den Verbund der Vollintegration einsteigen soll. Ein großer Vorteil für Pendler wäre, mit einer Fahrkarte im Umkreis von Stuttgart

ALLE ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTEL nutzen zu können. Der Bedarf hierfür wird in den nächsten Jahren steigen, da wir davon ausgehen können, dass mehr Menschen aus dem Großraum Stuttgart in unserer Region wohnen oder arbeiten werden. Der große Nachteil für den Landkreis besteht jedoch darin, dass wir die hohen Kosten der S-Bahn Linien mitfinanzieren müssten, obwohl wir in dem Bereich überhaupt keinen Nutzen daraus ziehen könnten. In dem jetzt erfolgten Gespräch sind uns die Gesellschafter des VVS entgegen gekommen. Die Chancen zu einem Beitritt in den Verbund haben sich verbessert, nun muss der Kreistag und die Verwaltung entscheiden, ob der Nutzen der Vollintegration, die immer noch wesentlichen Mehrkosten rechtfertigt.

Thema Landratsamterweiterung

Die FDP Kreistagsfraktion stimmte dem Baubeschluss zur Erweiterung des Landratsamtsgebäudes, auf Grundlage der vorgelegten Entwurfsplanung zu. Die Baukosten in Höhe von 22,8 Mio. € inkl. eines 3. Stockwerks, erhöhten sich nur geringfügig, so dass der Nutzen die Mehrkosten durchaus rechtfertigt.

Doch eines möchte ich an dieser Stelle erwähnen:

Die Gesamtkosten bei der Landratsamtserweiterung belaufen sich auf 38,3 Mio. € inkl. Sanierungskosten des Altbaus und Parkhauses. Den Klinikneubau bezuschusst der Landkreis mit 110 Mio. €. Da empfinde ich diese Summe ja direkt als Schnäppchen, wenn man bedenkt, um wie viel größer die Baumaßnahme Klinik ist. Hier stellt sich mir die Frage: Mit welcher Ungleichverteilung werden die Baukosten auf den Landkreis und die Albfilskliniken verteilt, wohl wissend, dass uns hier das Regierungspräsidium unter Druck setzt.

Thema: Albfilskliniken:

2017 konnten 1.770 Krankheitsfälle mehr behandelt werden. Dies verdanken wir vor allen Dingen der Ärzteschaft und des Pflegeteams, mit ihrem unermüdlichen Einsatz für ihre Patienten. Die Klinikleitung konnte seit 2016 wieder namhafte Chef- und Oberärzte/innen einstellen, die nun in unserer Klinik ihr ganzes Können einbringen, zum Wohle ihrer Patienten. Auch wenn es sich nun bizarr anhört, da ich von der Behandlung von kranken Menschen spreche, sind wir doch auf die Steigerung von Patientenzahlen angewiesen. Nur so können die Albfilskliniken die Neubaukosten tragen.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen im alltäglichen Ablauf der Kliniken, wie z.B. bei der Patientenversorgung, dem Einkauf, die Umstellung auf den papierlosen Klinikbetrieb und vieles mehr, sind noch im vollem Gange. Die positiven Ansätze sind jetzt jedoch schon zu spüren.

Wie in den Vorjahren ist mit einem geringen Anstieg des Landesbasisfallwertes um ca. 1,5% zurechnen. Allerdings auch mit dem Anstieg der Personalkosten, hier wurden vorsorglich ca. 2,5% eingeplant. Es wäre nicht nur erfreulich und hilfreich, sondern mehr als richtig, wenn die Krankenkassen in diesem Bereich mal die Gesamtkosten abdecken würden.

Beim Neubau freuen wir uns auf die baldige Eröffnung des Parkhauses und des Kindergartens. Vor allen Dingen aber, erwarten wir mit Spannung Ende Herbst 2018 die Höhe der verbindlichen Förderzusage des Landes. Damit dann endlich 2019 mit dem Neubau begonnen werden kann. In diesem Zusammenhang erhoffen wir uns ein positives Gespräch beim Besuch von Sozialminister Luccha.

Wie immer an dieser Stelle, danken wir, die FDP Kreistagsfraktion, dem gesamten Klinikpersonal für das überaus hohe Engagement in unseren Albfilskliniken. Nur eine gute Zusammenarbeit und Zusammenhalt zwischen Pflegekräfte – Ärzteschaft und Klinikleitung gewährleisten den Erfolg unserer Kliniken.

Thema Finanzen:

Im Großen und Ganzen werde ich jetzt nicht auf die Millionenbeträge der einzelnen Posten in unserem Kreishaushalt eingehen, nur auf einige wenige möchte ich hinweisen:

Über die Kreisumlage nimmt der Landkreis 114,8 Mio. € ein, **allein** für soziale Aufwendungen gibt der Landkreis 121 Mio.€ aus. Meine Herren Bürgermeister, das sind **6,2 Mio.€** höhere Aufwendungen die der Landkreis seinen Kommunen, also auch ihren Gemeinden mehr zurückgibt, als Zahlungen von den Kommunen erfolgen.

Gelder, die sie für ihre Bürger NICHT in die Hand nehmen müssen.

1.6 Mio. € Aufwendungen gibt der Landkreis für Flüchtlinge mit Bleiberecht in 2017 aus und es werden ca. 3,8 Mio. € in 2018 sein. Da finden wir es schon unerhört, dass uns das Land noch keine Kostenübernahme zugesagt hat.

Hier werden den Landkreisen von der Bundesregierung bzw. vom Land Kosten aufgebürdet, auf die wir keinen Einfluss haben.

Das Gleiche gilt für die 1,5 Mio. € Mehraufwendungen durch das Unterhaltsvorschussgesetz. Die Gesetzesvorgabe ist vom Prinzip ja durchaus richtig, nur muss das Land die Landkreise hier finanziell mehr unterstützen.

Die Steuerkraftsumme stieg um 6%, im Ergebnishaushalt konnte bis zum 30.09.17 ein + von 3,4 Mio.€ erwirtschaftet werden. Das alles sind sehr positive Zahlen die uns gestärkt in die Zukunft blicken lassen. Doch es gibt eben auch die dunkle Seite, die Risiken, die wir vor uns herschieben, wie Baukostensteigerungen beim Landratsamt und Klinikneubau, ÖPNV und Vollintegration um nur einige zu erwähnen. Obwohl uns nun die Kreisverwaltung den Vorschlag gemacht hat, die Kreisumlage bei 34,1% zu belassen, stellen wir die Erhöhung der Kreisumlage auf 35% Punkte zur Diskussion. Wir, die FDP Kreistagsfraktion, sehen es als angemessen an, die Umlage jetzt leicht anzupassen, um etwaige wirtschaftliche Risikofaktoren, gerade im Hinblick auf die Kommunen, abzufedern.

In den kommenden Beratungen werden wir unseren Standpunkt mit ihnen verehrte Kolleginnen und Kollegen und der Kreisverwaltung erörtern.

Gerne möchte ich an dieser Stelle, auch im Namen meiner FDP Kreistagskollegen, danke sagen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Ihr Engagement und Ihren großen Einsatz im Landratsamt und **allen** anhängigen Betrieben.

Das der Landkreis bei seinen Bürgern positiv wahrgenommen wird, verdanken wir auch Ihrem Wirken und Agieren.

Für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen 12 Monaten möchten wir uns bei Herrn Landrat Wolff und seinem Verwaltungsteam und Ihnen, verehrte Kreistagskolleginnen und Kollegen, bedanken. Wir wünschen Ihnen und uns nun gute und konstruktive Haushaltsberatungen.

Göppingen, den 10. Nov. 2017
Susanne Weiß
Kreis- und Stadträtin FDP Göppingen



FDP Anträge 2017/18

Haushaltsrelevante Anträge:

Antrag Nr. 1

Die Leistungen des Landkreises Göppingen im Bereich Schulsozialarbeit und Streetwork werden über die freien Träger erbracht. Durch die jährlichen Tarifsteigerungen können die Differenzen zwischen Gehälter und unserer Zuschüsse nicht mehr gedeckt werden.

Wir beantragen: 1. Die Erhöhung der Zuschussbeträge für die Arbeit der Schulsozialarbeiter/innen und ebenso im Streetworker-Bereich.
2. Ergänzung der pauschalen Zuschussbeträge um eine dualen Abmangel.

Bei den Streetworkern bezahlt der Landkreis Göppingen 1/3 und ebenso 1/3 bei der Schulsozialarbeit, dementsprechend sollte der Zuschussbetrag (%Satz) erhöht werden. Selbstverständlich erwarten wir auch die Anpassung beim Land und der Stadt Göppingen.

Antrag Nr. 2

Es wäre zu überlegen im Bereich Fallmanagement für den sozialen Dienst eine Stelle zu schaffen. Diese wäre zuständig für die Betreuung allein lebender, hilfsbedürftiger und kranker Menschen die ohne diese Unterstützung nicht mehr in der Lage sind alleine und selbständig zu leben.

Zur Erklärung: Menschen die ohne diese fremde Hilfe ins Pflegeheim kommen, verursachen einen weitaus höheren Finanzbedarf des Landkreises, als wenn sie so lange wie irgend möglich selbständig leben können.

Antrag Nr. 3

Erhöhung der Kreisumlage auf 35 %Punkte.



Nicht haushaltsrelevante Anträge:

Antrag Nr. 4

Überprüfung des Vertrages mit der EEW bzgl. der Müllverbrennung im Landkreis Göppingen. Unter Berücksichtigung der Mengenabgaben, der Zahlungen, der Kündigungsfristen, mit Einbeziehung eines kommenden Neubaus in den nächsten 10-15 Jahren und aller weiteren wichtigen Fakten.

Hier wäre zu hinterfragen, ob ein Neuer Vertrag ab 2026 nicht sinnvoll wäre.

Antrag Nr. 5

Wir bitten um einen Bericht ob im Landkreis die Gutachten als Schlüssel zur Bewertung von Windenergievorhaben eingehalten werden.

Antrag Nr. 6

Unser Landkreis fördert die E-Mobilität und hat hier Vorbildcharakter. Unsere Frage wäre: Gibt es für den Landkreis eine Art Atlas für alle Ladestellen und werden die Kommunen auch auf spezielle Fördermöglichkeiten hingewiesen.

Antrag Nr. 7

Erstellen einer Konzeption zum steigenden Raumbedarf Bodelschwingschule und Wilhelm Busch Schule.

Bei beiden Schulen steigen die Schülerzahlen kontinuierlich. Es wurden schon zum zweiten Mal Container aufgestellt, dies kann auf Dauer keine Lösung sein. Deshalb bitten wir eine Konzeption zu erstellen wo – wie – welche und wann Baumaßnahmen vorgenommen werden können. Denkbar wäre ja auch andere frei werdende Schulhäuser anzumieten.

Göppingen, den 06.11.2017

Susanne Weiß
Kreis- und Stadträtin FDP Göppingen